

GRÜNER PFEFFER

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

Nr. 2 / April 2009

Energiepolitik	1-3
Friedenszentrum	3
Umgestaltung Wasgenring	4-5
Bildungsraum NWCH	6
junges grünes bündnis	7
Vernehmlassung ÖV	8
Abstimmungen 17. Mai	9
Varia / Infomarkt	10

P.P.

4001 Basel

Mutationen an:
Grüne Partei BS
Postfach 1442
4001 Basel

Energiepolitik auf 37 km²



37 Quadratkilometer beträgt die Fläche des Kantons Basel-Stadt. Seit der Bewegung gegen Kaiseraugst stand in Basel die Energie immer wieder im Zentrum. Basel ist im Energiebereich Spitze und hat mit der Revision des Energiegesetzes diesen Januar durch den Grossen Rat erneut einen Zacken zugelegt.

1978 entstand das Atomschutzgesetz

Mit dem „Gesetz betreffend den Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken“ wurde 1978 die Grundlage für die Anti-AKW-Politik des

Kantons festgeschrieben. Die Regierung ist seither verpflichtet, sich mit allen Mitteln gegen Atomkraftwerke zu wehren. Von der neuen Energiepolitik als Folge von Kaiseraugst profitiert die Basler Bevölkerung bis heute. Der Kanton hat hohe Beteiligungen an Wasserkraftwerken. Dank dem Verzicht auf Atomstrom sind

weiter auf Seite 2



Jürg Stöcklin,
Präsident Grüne Basel-Stadt

Fortsetzung von Seite 1

die Strompreise rund 25% niedriger sind als der Schweizer Durchschnitt. Das Fernwärmenetz wurde zügig ausgebaut, Blockheizwerke wurden gefördert und eine moderne Kehrichtverbrennung installiert, die neben Wärme auch Strom produziert.

Das Energiespargesetz von 1983 setzt die Latte hoch

1983, vor über 25 Jahren, erliess der Kanton Basel-Stadt als einer der ersten Kantone ein Energiespargesetz. Dieses Gesetz enthielt für die damalige Zeit strenge technische Normen bezüglich Isolation von Gebäuden und des Wirkungsgrades von Feuerungen sowie ein Verbot von Stromheizungen. Für Neu- und Umbauten wurde ein strenges Bewilligungsverfahren eingeführt. Das Energiegesetz wurde diesen Januar zum dritten Mal revidiert und die Vorschriften für Neubauten und Sanierungen angepasst. Damit konnten die meisten energiepolitischen Postulate, welche Grüne und SP vor 4 Jahren formuliert hatten, umgesetzt werden.

Motivieren mit einer Förderabgabe

Neben Normen und Geboten wurde mit dem Gesetz von 1983 auch eine Förderabgabe eingeführt. Ein Zuschlag auf dem Strompreis, der 1992 auf 4%, und 2004 auf 5% erhöht wurde. Dadurch standen in Basel pro Jahr rund 10 Millionen Franken zur Verfügung, um energietechnische Sanierungen bei Altbauten, Effizienz-Massnahmen, erneuerbare Energie (Wind, Sonnenkollektoren für Warmwasser, Solarstrom), oder Pilotanlagen zu subventionieren. Viele werden sich an Aktionen wie „das bessere Fenster“, „der bessere Kühlschrank“ oder „1000 Solardächer“ erinnern. Zur Zeit läuft gerade eine Kampagne für Gebäudesanierungen und Elektrovelos. Nicht zuletzt profitiert das Gewerbe. Durch die Förderung werden rund fünf Mal mehr Investitionen ausgelöst und es entstehen Arbeitsplätze.

Weil von dieser Förderabgabe das lokale Gewerbe profitiert, ist

es schwer verständlich, dass der Regierungsrat in seiner alten Zusammensetzung noch rasch die Förderabgabe um einen Fünftel gesenkt hat und er dies sogar noch als Teil seines Krisenprogramms verkauft.

Seit 1999 eine staatsquotenneutrale Lenkungsabgabe

Nach dem rot-grünen Wahlerfolg bei den Grossratswahlen führte der Grosse Rat 1998, gleichzeitig mit einer Senkung der Stromtarife um etwa 20%, eine Lenkungsabgabe in gleicher Höhe ein. Die Abgabe wird seither staatsquotenneutral an die Bevölkerung zurückerstattet (Stromsparbonus) und dazu verwendet, bei den Betrieben die Lohnnebenkosten zu senken. Diese Lenkungsabgabe hat zum Ziel, für den sparsamen Umgang mit Strom zu motivieren. Anstoss zur Einführung der Lenkungsabgabe war die Initiative des NWA „Energiekanton 2000“. Diese Lenkungsabgabe ist leider in der Schweiz bis heute einzigartig geblieben.

Kostendeckende Einspeisung von Solarstrom – Basel gibt Gas

Bereits seit 2000 übernimmt die IWB Solarstrom aus Photovoltaikanlagen zu kostendeckenden Preisen und verkauft diesen an ihre Kunden. Pro Jahr war bisher nur ein beschränkter Zubau möglich (300 kW), und die Anlagen mussten über eine Börse gehandelt werden. Trotzdem hat Basel heute dank der „Solarstrombörse“ in der Schweiz und in Europa eine Spitzenstellung bezüglich „installierter Solarleistung pro Kopf der Bevölkerung“. Mit dem revidierten Energiegesetz hat der Grosse Rat diesen Januar beschlossen, die Begrenzung des Zubaus zu lockern, so dass in Zukunft deutlich mehr Anlagen gebaut werden können. Dabei handelt es sich um eine Übergangslösung, bis der Deckel, welcher die kostendeckende Einspeisevergütung beim Bund begrenzt, weg ist.

weiter auf Seite 3

Impressum Nr. 2 / April 2009

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt, Greifengasse 7,
Postfach 1442, 4001 Basel,
061/383 98 33, bs@gruene.ch,
www.gruene.ch/bs
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 1000 Stk., erscheint 4 mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im Jahresbeitrag
inbegriffen)

Redaktion:

Eveline Rommerskirchen, Christine
Beckert, Harald Friedl

Druck:

Rumzeis, Basel

Fortsetzung von Seite 2

37 km² sind nicht genug

Basel ist in der Schweiz eine Insel, genauer ein Inselchen. Europaweit ist heute die Schweiz bei der Förderung der erneuerbaren Energien weit abgeschlagen. Deutschland, bzw. die Rot-Grüne Bundesregierung setzte mit der ungedeckelten kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) für erneuerbaren Strom den Maststab, die Regierung Merkel musste nachziehen. Die erneuerbaren Energien, allen voran die Windenergie, entwickeln sich ungeahnt schnell. Windstrom ist heute nahe an der Wirtschaftlichkeit. In Deutschland entstanden hunderttausende von Arbeitsplätzen, die Technologie wird

in die ganze Welt exportiert. Mit Obama werden die erneuerbaren Energien in den USA einen vergleichbaren Schub erhalten. China ist längst auf diesen Zug aufgesprungen. Wer Geld verdienen will, investiert in erneuerbare Energien, nicht in Atomstrom. Nur dort, wo der Staat die Atomlobby schützt, ist es anders. Die Schweiz gehört noch dazu.

27'000 in der Schweiz fordern: Deckel weg!

Die Petition „Deckel weg!“ wurde zu Beginn der Frühlingsession im Bundeshaus abgegeben. Die kostendeckende Einspeisevergütung ist als Anschubfinanzierung für die

erneuerbaren Energien unverzichtbar. Lanciert wurde die Petition aus Basel vom NWA, und sie wurde zum unerwarteten Renner. Die schweizerische Verhinderungspolitik bei den erneuerbaren Energien ist unverantwortlich angesichts der Klimakatastrophe und gegenüber heutigen und zukünftigen Generationen. Basel ist eingezwängt in seine Grenzen. 37 km² sind zu wenig, um nachhaltig Energiepolitik zu betreiben. Nötigenfalls braucht es eine Initiative, die in Bern den Deckel und in Basel die Grenzen sprengt.

Jürg Stöcklin,
Präsident Grüne Partei Basel-Stadt



Friedenszentrum an der Uni Basel



Ueli Mäder,
ord. Professor für Soziologie

Konflikt und Kooperation ist ein zentraler Schwerpunkt des Instituts für Soziologie der Universität Basel. In Forschung und Lehre. In der Weiterbildung bietet das Institut einen Nachdiplomstudiengang in Konfliktnalysen und Konfliktbewältigung an, der vierzig Ausbildungstage umfasst. Verantwortlich sind Ueli Mäder, Laurent Goetschel und Susanne Wyder. Im April 2009 begann der dritte Jahreskurs. Die Universität Basel führt ihn zusammen mit Swisspeace und der FHNW durch. Das Dekanat der Philosophisch-Historischen Fakultät (susanne.wyder@unibas.ch) nimmt Anmeldungen für den vierten Kurs gerne entgegen. Unterlagen dazu finden sich über: www.postgraduate-basel.ch. Die Weiterbildungsstelle der Universität Basel informiert auch über zwei ergänzende Angebote.

Das eine führt in das Transcend-Verfahren nach Johan Galtung ein. Zuständig sind Pascal Gemperli und Uri Ziegele. Das andere Angebot besteht aus einem MAS in Peace and Conflict Transformation. Es startet, von Catherine und Pierre Brunner initiiert, im Frühjahr 2010. Die akademische Leitung liegt bei Dietrich Fischer und Ueli Mäder. Für die Friedensakademie ist ein Komplex im St. Jakob-Areal vorgesehen. Alle drei Angebote sind miteinander verknüpft. So entsteht an der Universität Basel allmählich ein Friedenszentrum, für das sich initiative Studierende und Dozierende schon in den 70er-Jahren engagierten.

Ueli Mäder,
Dekan an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Uni Basel

Umgestaltung Luzernerring / Wasgenring: zum Referendum des TCS



**Michael Wüthrich,
Grossrat Grüne Basel-Stadt**

Noch in diesem Jahr wird das Referendum des TCS gegen den Grossratsbeschluss zur Umgestaltung des Luzernerring/Wasgenring dem Volk vorgelegt. Worum geht es in der Vorlage und welchen Einfluss hat der Rückbau des Wasgenrings auf die Verkehrsentwicklung?

Die Umgestaltung von Luzernerring und Wasgenring hängt mit dem Bau der Nordtangente zusammen. Dem Bau der Nordtangente sind jahrelange politische Auseinandersetzungen vorausgegangen. Ausschlaggebend dafür, dass das Basler Stimmvolk zwei Volksinitiativen gegen die Nordtangente ablehnte, war unter anderem das Versprechen von flankierenden Massnahmen. Die Investitionen in die neue Stadtautobahn sollten nicht nur den Verkehrsteilnehmern zu Gute kommen, sondern auch etwas zur Stadtentwicklung in Basel Nord beitragen. Man wollte die Quartiere vom Verkehr an der Oberfläche entlasten und die Wohn- und Lebensqualität verbessern.

Eine der flankierenden Massnahmen ist die Umgestaltung der Achse Luzernerring / Wasgenring. Die Neugestaltung soll in erster Linie dem angrenzenden Quartier, dem öffentlichen und dem Langsamverkehr zu Gute kommen. Die geplanten Massnahmen betreffen den Luzernerring im Abschnitt Rampe Anschluss Luzernerring (Nordtangente) und endet beim Wasgenring Kreuzung Allschwilerstrasse. Wirklich zurückgebaut von 4 auf 2 Spuren wird dabei nur der Wasgenring zwischen der Allschwilerstrasse und der Hegenheimerstrasse. Anstelle der Fahrbahn werden Bäume gepflanzt und dazwischen (leider) Parkfelder geschaffen. Für die Velofahrenden sind Velostreifen vorgesehen. Die Kreuzung Hegenheimerstrasse wird zum doppelspurigen Kreisels umgebaut. Auf Betreiben der Umwelt-, Verkehr- und Energiekommission (UVEK) wird dabei die Möglichkeit einer Velo- und Fussgängerun-

terführung zwischen Felix Platter Spital und Bachgraben geschaffen. Ein Hauptziel der Umgestaltungsmassnahmen darf nicht verheimlicht werden: das bessere Funktionieren der Kreuzungsbereiche. Weil gemäss Prognosen der Verkehr zwischen dem Anschluss Luzernerring und der Kreuzung Burgfelderstrasse zunehmen wird, ist ein Rückbau auf diesem Abschnitt des Luzernerrings nicht vorgesehen. Die Kapazitätserhöhung erfolgt durch kombinierte Massnahmen (Anzahl Spuren, Abbiegemöglichkeiten, Standorte der Haltestellen des ÖV etc.).

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Nordtangente auf Luzernerring und Wasgenring zu keiner Verkehrsentlastung führt – im Gegenteil! Auf dem Luzernerring ist für das Jahr 2020 in der Abendspitze mit 2000-2300 Fahrzeugen pro Stunde (vor Eröffnung Nordtangente-Anschluss Luzernerring 1500-1600) zu rechnen, auf dem Wasgenring geht man gegenüber heute (ca. 1600 Fahrzeuge) von einer Stabilisierung bis leichten Abnahme aus. Ansteigen werden insbesondere die Eckbeziehungen Hegenheimerstrasse / Luzernerring und Burgfelderstrasse / Luzernerring.

Die an einem Werktag im September 2008 erhobenen Werte bestätigen die Prognosen, wonach insbesondere auf dem Abschnitt zwischen der Autobahnausfahrt und dem Knoten Burgfelderstrasse von einer Verkehrszunahme auszugehen ist. Zählungen in der Abendspitze haben an der Zählstelle Luzernerring im September 2004 einen Wert von 1460 und im September 2008 von 2170 Fahrzeugen ergeben. Auf dem Wasgenring zwischen Hegenheimerstrasse und Blotzheimerstrasse stieg die Zahl im gleichen Zeitraum lediglich von 1380 auf 1460. Die für das Jahr 2020 prognostizierten Werte werden auf beiden Abschnitten unterschritten.

weiter auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Der TCS begründet sein Referendum mit dem Argument, dass schon heute in den Stosszeiten die Kapazität nicht ausreiche – und verkennt die beabsichtigte Kapazitätserhöhung der Umgestaltung. Im Weiteren seien die benachbarten Gemeinden vor den Stausituationen zu schützen.

Wichtig ist im Zusammenhang mit dem Rückbau aber auch der Schutz der angrenzenden Quartiere vor dem Schleichverkehr! Dies kann sehr einfach mit gegenläufigen Einbahnverkehrsregimen erreicht werden. Dies würde eine Durchfahrt und damit den Schleichverkehr verhindern. Im Weiteren muss immer wieder der Ausbau des öffentlichen Verkehrs gefordert und gefördert werden. Stadtnahe Gemeinden wie Allschwil sollten endlich den Ausbau des Tramnetzes im Gebiet Bachgraben an die Hand nehmen, anstatt immer weiter auf den motorisierten Individualverkehr zu setzen. Raumplanung und Wirtschaftsförderung ohne Einbezug des öffentlichen Verkehrs sind schlichtweg unzeitgemäss.

Fazit: es braucht ein Nein zum Referendum des TCS und ein (halbherziges) Ja zu den 30 Millionen Franken für die Umgestaltung des Luzernerings und den Rückbau des Wasgenrings mit Pflanzung von Bäumen dort, wo heute je eine Doppelspur für den Verkehr besteht. Wir dürfen dabei nicht verheimlichen, dass wir damit auch Ja sagen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems zwischen der Nordtangente und dem Kreis Hegenheimerstrasse. Die Velounterführung zwischen Felix Platter Spital und Bachgraben unter dem doppelspurigen Kreis Hegenheimerstrasse ist wohl eher eine Notlösung als eine Idealvorstellung. Ein Trost bleibt: es ist immerhin ein erster Rückbau einer vierspurigen Strasse im Kanton Basel-Stadt!

Michael Wüthrich,
Präsident UVEK



So könnte er dereinst aussehen, der Wasgenring nach dem Rückbau.

W E R B U N G

**GRÜN VON
HIER STATT GRAU
VON DORT.**



Unser Bier

Bier von hier statt Bier von dort.

HOLINGER SOLAR Oben am Sonnen- und Wind

4000

Ob Sonne oder Regen
mit uns nutzen Sie das Wetter

solar, you...

Bildungsraum Nordwestschweiz – eine Chance, auch für Basel-Stadt



**Werner Baumann,
Vorstand Grüne Basel-Stadt**

Die Harmonisierung der Schweizer Schulsysteme ist mit dem Projekt HarmoS im Gang – der unsachliche und politisch motivierte Widerstand der SVP wird daran nichts ändern.

Weil der Umstellungsbedarf in der Nordwestschweiz besonders gross ist, haben die Bildungsdirektoren der Kantone Aargau, Baselland, Baselstadt und Solothurn das Projekt Bildungsraum Nordwestschweiz gestartet, das zur Zeit in der Vernehmlassung ist. Es sieht vor, das HarmoS-Konkordat gemeinsam umzusetzen und in einigen Bereichen die Zusammenarbeit weiterzutreiben. Sie soll über die gemeinsame Ausgestaltung der Volksschule hinaus auch die inhaltliche Entwicklung einschliessen und auf die Sekundarstufe II ausgedehnt werden. Der Schuleingang soll als vierjährige Basisstufe konzipiert werden.

Die bisherigen Diskussionen in der Grünen Arbeitsgruppe Bildung, in der Grüne aus allen vier Kantonen vertreten sind, haben gezeigt, dass die Idee des Bildungsraums in vielen Punkten dem Positionspapier der Grünen Schweiz zur Bildung entspricht. Zu Diskussionen Anlass geben vor allem die Ausgestaltung der Sekundarstufe I und die Basisstufe. Die vorgeschlagene maximal dreigliedrige Sekundarstufe I ent-

spricht zwar nicht dem Positionspapier der schweizerischen Grünen, sie wird aber befürwortet, wenn alle drei Züge unter einem Dach sind, wenn sie auf Durchlässigkeit angelegt ist und die gleichen Lehrpersonen unterrichten. Was die Basisstufe betrifft, so befürwortet die Mehrheit in der Arbeitsgruppe in Übereinstimmung mit der nationalen Position die Basisstufe unter der Bedingung, dass genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Vor allem bei den Grünen Basel-Stadt gibt es aber grosse Bedenken, dass die Basisstufe nicht den städtischen Bedingungen entspreche.

Für Basel-Stadt, dessen Schulsystem in den letzten Jahren unter wachsenden Druck geraten ist, bietet sich die Chance zusammen mit den Nachbarkantonen eine zukunftssträchtige Entwicklung einzuleiten. Von Seiten der Lehrpersonen gibt es Widerstand, der sich vor allem an der Basisstufe entzündet, aber sich oft in Details festbeisst. Selbstverständlich kann man über einzelne Elemente unterschiedlicher Meinung sein. Es wäre aber schade, wenn die Chance eines gemeinsamen Bildungsraums Nordwestschweiz wegen einzelnen Details vergeben würde.

**Werner Baumann,
Arbeitsgruppe Bildung**

W E R B U N G



Lachenmeier Maler GmbH
Klingentalgraben 33 · CH-4057 Basel
Tel. 061 681 59 80 · Fax 061 681 28 17
www.lachenmeier-maler.ch

Lachenmeier-Maler

Renovieren mit Weitsicht!

jgb in letzter Zeit, momentan und später

Das Jahr ist noch jung, trotzdem hat das junge grüne bündnis seit anfangs Januar schon einiges durchgemacht, organisiert, umgestellt, diskutiert...

Hier geben wir eine kurze Übersicht über die vergangenen Monate, den Istzustand und einen kurzen Ausblick in die nahe Zukunft.

Viel Engagement, geringer Erfolg (Wahl- und Stimmrechtsalter 16 sowie der Wegweisungsartikel)

Schon vor und während den Weihnachtstagen lief die Lancierung der Kampagne auf Hochtouren. Es wurden Weihnachtsgutzi gebacken, Plakate, Flyer und Zeitungen gestaltet, gedruckt und gesteckt. In eisiger Kälte zeigte das junge grüne bündnis grossen Einsatz mit seiner Wäscheleineaktion, bei welcher Fotos von heute bekannten Persönlichkeiten im Alter von 16 Jahren, sowie Kinderkleider aufgehängt wurden.

In kürzester Zeit musste zudem die Wahlzeitung zum Wegweisungsartikel gestaltet und verteilt werden, auch in dieser Sache haben wir uns nicht vor Aufwand und Arbeit gescheut und haben versucht, so gut es ging das Referendum zu unterstützen.

Dann die klare Niederlage... das Basler Stimmvolk befürwortete weder das eine noch das andere...

Nach getaner Arbeit machen wir mit viel Energie und neuen Ressourcen weiter

Ende 2008 hat es im Vorstand des jungen grünen bündnis viele Veränderungen gegeben. Vor lauter Abstimmungen kamen wir kaum dazu, uns neu zu organisieren und wieder einen soliden Vorstand zu bilden, in welchem jeder seine Aufgabe hat.

Nun haben wir uns die Zeit genommen für neue Strukturen.

Mit Mirjam Ballmer BS und Fabio Gassmann AG haben wir zwei neue, tatkräftige Co-Präsidenten an Bord. Alle weiteren Vorstandsmitglieder und deren Aufgaben sowie weitere Informationen sind auf unserer Website (www.jungesgruenesbuendnis.ch) aufgeschaltet.

Wir haben schon wieder viele neue grüne und linke Ideen...

Die im letzten Jahr gesammelten Veloärgernisse sollen aufgearbeitet und verschiedene Anliegen daraus umgesetzt werden.

Ausserdem arbeiten wir weiterhin an Aktionen, das Jugendkulturprozent betreffend. Auch in diesem Punkt wird man bald wieder von uns hören, sehen, lesen...

Da im jgb Mitglieder verschiedener nordwestschweizer Kantone vertreten sind, werden wir uns in nächster Zeit auch vermehrt mit interkantonalen Themen auseinandersetzen.



Der neue Vorstand des jgb.

Vorne von links nach rechts: Co-Präsidentin Mirjam Ballmer, Ramon Glatz, Adrienne Mattmüller, Co-Präsident Fabio Gassmann, Benjamin von Vulpen

Hinten von links nach rechts: Franca Mader, Catherine Zemp, Lena Signer, Andrea Amstad

Vernehmlassung öV-Programm 2010 - 2013



**Anita Lachenmeier-Thüring,
Nationalrätin Grüne Basel-Stadt**

Ein öV-Programm für den Kanton Basel-Stadt zu erstellen, ist zugegebenerweise kein einfaches Unterfangen. Auf unseren 37 km² können wir die grossen Verkehrsprobleme nicht ohne den Einbezug der angrenzenden Kantone und Länder lösen. Dazu braucht es ein Gesamtkonzept. Da wir dieses vermissen, kann uns das öV-Programm nicht begeistern.

Das Tram- und Busnetz wird durch gezielte Führungsänderungen und Netzverknüpfungen optimiert. So sollen Erlenmatt und Stücki mit einem Bus besser erschlossen werden. Mit dem Margarethenstich soll die Verbindung vom Leimental zum Bahnhof SBB verbessert und das Angebot der Buslinie 37 und 38 erweitert werden. Der Zugang zur Roche soll mit der Buslinie 30 optimiert werden. Neben der Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil, soll die Querfahrt Aeschenplatz und ein Tramgleis in die Erlenstrasse zum Bad. Bahnhof gelegt werden. Grosse „Würfe“ sind beim öV-Programm 2010 - 2013 aber leider nicht auszumachen.

Neue Tramlinien zur besseren Erschliessung der Räume Uni / Spitäler, Broadway / Dreispitz, Stücki und Roche, ebenso die Verlängerung der Tramlinien ins Bachgrabengebiet und nach Saint Louis werden lediglich für später ins Auge gefasst. Wir begrüssen diese Projekte sehr. Sie sollten jedoch nach Meinung der Grünen

jetzt angegangen werden, damit im 2013 mit der Bauphase begonnen werden kann.

Der öV steht in Konkurrenz zum MIV. In Strassenprojekten wurden in den letzten Jahren Milliarden investiert; alleine die Nordtangente kostete 1,6 Milliarden Franken. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs wurde in dieser Zeit aber sträflich vernachlässigt.

Der Nachholbedarf ist gross. Das Verkehrsauf-

kommen von und nach Basel beträgt 428'000 Personenfahrten täglich. Nur gerade 154'000, also 36% fallen auf den öV. Prozentual stehen die Verbindungen zwischen Frankreich und Basel mit 16% öV-Anteil und Deutschland – Basel mit 22% öV-Anteil schlechter da als die Fahrten zwischen Basel und der Agglomeration und Regio Schweiz. Absolut machen jedoch die 354'000 landesinternen Fahrten die Hauptbelastung aus.

Es braucht beim öffentlichen Verkehr nun dringend grosse Investitionen, um die Spiesse zwischen Strasse und Schiene wenigstens auf die gleiche Länge zu bringen. Das öV-Programm 2010 – 2013 geht zwar in die richtige Richtung, kann jedoch die grosse Kluft zwischen Strasse und Schiene nicht wettmachen.

Wir fordern darum in unserer Stellungnahme unter anderem:

- das öV-Angebot soll kurzfristig mit Taktverdichtungen ausgebaut und verbessert werden; vor allem die Abendstunden und auch die übervollen Tram und Busse während den Stosszeiten (5 Min. Takt) sind heute unattraktiv.
- Ein Gesamtkonzept soll aufzeigen, wie der Pendler- und Freizeitverkehr von der Strasse auf die Schiene verlagert werden kann.
- Es braucht eine ökologische Lenkung, keine Nachfrage-, sondern eine Angebotsorientierung.
- Bis ins Jahr 2013 müssen baureife Projekte vorliegen. Die neuen Tramlinien sollen zügig gebaut werden.
- Die S-Bahnlinien sollen ausgebaut werden und im Viertelstundentakt fahren.
- Damit genügend Trassen für Güter- und Personenverkehr zur Verfügung stehen, müssen die Schienen bei den S-Bahnen ausgebaut werden (Basel-Olten, Laufental).

Die vollständige Vernehmlassung ist auf unserer Website www.gruene.ch/bs unter Grüne Politik aufgeschaltet.

**Anita Lachenmeier-Thüring,
Arbeitsgruppe Verkehr und
Stadtplanung**



Verkehrt bald bis nach Weil am Rhein, die Linie 8 der BVB. Die Richtung stimmt!

Nationale Abstimmungen vom 17. Mai 2009

NEIN zum Zwang der biometrischen Papiere

NEIN zu Datenmissbrauch

Persönliche Daten und Fotos aller Passinhaberinnen und –inhaber sind in der Schweiz bereits heute zentral abgelegt. Mit der Einführung des biometrischen Passes wollen Bundesrat und Parlament auch unsere Fingerabdrücke und Gesichtsdaten zentral speichern. Damit geht die Schweiz viel weiter, als es die EU im Schengen-Recht vorsieht. Das Missbrauchspotential steigt enorm, die Praxis wird kaum kontrollierbar. Ein derartiges, unnötiges Missbrauchsrisiko wollen wir nicht eingehen.

NEIN zur überflüssigen Option für ID-Chipzwang

Das Schengen Recht sieht nicht vor, dass neben dem Reisepass, auch die Identitätskarte (ID) zwingend mit einem Speicherchip ausgestattet werden muss. Dennoch hat das Parlament dem Bundesrat unnötigerweise das Recht erteilt, auch für die ID einen Chipzwang einzuführen. Dies geht klar zu weit. Wir können die ID als Reisepapier brauchen; aber im Alltag nutzen sie viele bloss als normalen Ausweis innerhalb der Schweiz. Wird die ID nicht als Reiseausweis eingesetzt, muss sie keinen Chip mit biometrischen Daten aufweisen. Mit der Option für einen Chipzwang bei Identitätskarten gehen Bundesrat und Parlamentsmehrheit viel weiter, als sie müssten.

NEIN zum Zwang der biometrischen Papiere

Wir Grüne sind der Meinung, dass die Wahlfreiheit bestehen bleiben muss. Wer einen Pass oder eine ID ohne biometrische Daten will, soll dies weiterhin bei seiner Wohngemeinde beantragen können. Für Reisen innerhalb der EU-Länder genügt eine ID ohne biometrische Daten vollauf. Mit der geplanten zentralen Speicherung der biometrischen Daten geht die Schweiz weit über das hinaus, was die USA oder die EU fordern. Bei einem Volks-Nein, muss der Bundesrat den Bundesbeschluss nochmals überarbeiten, was unbedingt notwendig ist!

JA zur Komplementärmedizin

Die Schulmedizin nimmt heute eine beherrschende Stellung im Gesundheitswesen ein. Sie liefert gute Resultate in vielen Bereichen, stösst aber auch an Grenzen, z.B. bei chronischen Krankheiten. In vielen Fällen kann Komplementärmedizin wirksam helfen und damit individuellen Bedürfnissen gerecht werden. Wir sind der Meinung, dass es die Zusammenarbeit von Schul- und Komplementärmedizin braucht.

JA zu bewährten Methoden

Mit einem JA zur Komplementärmedizin werden fünf bewährte ärztliche Leistungen in die Grundversicherung aufgenommen, falls sie von SchulmedizinerInnen mit FMH-anerkannter Zusatzausbildung praktiziert werden. Es sind dies die Homöopathie, die anthroposophische Medizin, die traditionelle chinesische Medizin, die Phyto- sowie die Neuraltherapie. Obwohl wirksam, wirtschaftlich und zweckmässig, hat Bundesrat Couchepin diese Methoden eigenmächtig aus der Grundversicherung gekippt.

JA zu Kostensenkungen

Die Wiederaufnahme von komplementären Methoden in die Grundversicherung verursacht keine Mehrkosten. Komplementärmedizin ist in der Regel günstiger als die Schulmedizin, und grundsätzlich konsultieren PatientInnen für dieselbe Krankheit nicht sowohl einen Schul- als auch einen Komplementärmediziner. Mit einem JA zur Komplementärmedizin kann die Vielfalt an traditionellen Heilmitteln erhalten bleiben.

JA zur Qualitätssicherung und Methodenvielfalt

Mit einheitlichen, öffentlich anerkannten Diplomen kann eine hohe Behandlungsqualität und damit PatientInnen-sicherheit gewährt werden. Die Kantone erteilen nichtärztlichen TherapeutInnen mit Diplom eine Praxisbewilligung. Ausserdem müssen Lehre und Forschung zur Komplementärmedizin gefördert werden. Jeder Arzt und jede Ärztin soll im Medizinstudium die Grundsätze der Komplementärmedizin kennen lernen.



Komplementärmedizin?
Schulmedizin?



Natürlich gemeinsam

! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia !**Interna****Das Grüne Bündnis beschreitet den Rechtsweg**

Nachdem bei den Wahlen in die ständigen Kommissionen des Grossen Rates die Sitzverteilung nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen von Mitte-Rechts grob missachtet wurde, entschied die Fraktion Grünes Bündnis die Beschlüsse des Grossen Rates beim Bundesgericht und dem Appellationsgericht anzufechten. „Wir tun dies nicht leichtfertig, sondern nach kritischer Abwägung der Argumente.“

Stille Wahlen bei den Gesamterneuerungswahlen in die Gerichte

Der Vorstand der Grünen hat die KandidatInnen für die Gesamterneuerungswahlen an die basel-städtischen Gerichte an der Vorstandssitzung vom 17. März nominiert. Da von allen Parteien nur so viele KandidatInnen gemeldet wurden wie Sitze zu besetzen waren, kommt es zu stillen Wahlen, was wir Grünen begrüssen.

Unsere Medienmitteilungen zu allen aktuellen Themen sind auf unserer Website www.gruene.ch/bs unter der Rubrik Presse aufgeschaltet.

Parolen**Nationale Abstimmungen vom 17. Mai 2009**

NEIN zum Bundesbeschluss über biometrische Pässe und Reisedokumente

JA zum Gegenentwurf zur Volksinitiative „Ja zur Komplementärmedizin“

Das Argumentarium zu beiden Vorlagen befindet sich auf Seite 9.

Aufruf**Birsig-Initiative**

Die Unterschriftensammlung zur Birsig-Initiative läuft harzig. Es fehlen noch weit über tausend Unterschriften. Es braucht nun einen gewaltigen Effort von uns allen. Diesem Heft liegt eine Unterschriftenkarte bei. Helft mit beim Sammeln von Unterschriften, damit wir einen der unattraktivsten Orte in Basel, den Birsigparkplatz, mit einer Rivietta neu gestalten können. Sendet auch unvollständige Unterschriftenbogen, möglichst rasch ein. Herzlichen Dank.

Termine

Am **1. Mai** werden wir Grünen wiederum auf dem Barfüsserplatz präsent sein. Kommt vorbei und besucht unseren Stand mit einer grossen Auswahl an Informationsmaterial.

Nächster Grüner Stamm

Dienstag 12. Mai 2009, 20 h
im Theaterkeller des **Café Isaak, Münsterplatz 16**

Am Grünen Stamm hat man die Gelegenheit **Kontakte** zu Mitgliedern der Grünen Partei zu knüpfen, **Repräsentanten kennen zu lernen** und **Ideen zu diskutieren**. Es ist jeweils ein geladener Gast anwesend, der oder die spannende Einblicke aus seiner / ihrer Tätigkeit gibt. Es sind alle, die an Grünen Themen interessiert sind, herzlich willkommen. **Komm doch auch** an einen dieser geselligen und informativen Anlässe!

Die aktuellen Termine immer unter www.gruene.ch/bs

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.- (Reduktion für Erwerbslose)
 Ich interessiere mich für die Grüne Partei! Bitte nehmt Kontakt mit mir auf
 Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer! Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an:
Bestellen per E-Mail:

Grüne Basel-Stadt, Greifengasse 7, Postfach 1442, 4001 Basel
bs@gruene.ch

Konto:
Website:

PC 40-19338-4
www.gruene.ch/bs

